



PALÄSTINA-INFO

HALBJÄHRLICHE ZEITUNG
PALÄSTINA-SOLIDARITÄT REGION BASEL

ISRAELI APARTHEID

Israelische Apartheid
im Blickwinkel | Seite 2

BDS in Palästina | Seite 5

Das Jordantal –
Vertreibung und
Schikanen | Seite 7

Olivenölprojekt ‚Qualität
plus‘ | Seite 9

Rückblick auf den Gaza
Freedom March | Seite 12

**Boycott
Divestment
Sanctions
March 1-7 2010**

Israelische Apartheid im Blickwinkel

Israeli Apartheid Week heisst eine Veranstaltungsreihe, die jährlich im März zu Diskussionen rund um die Themen der palästinensischen Boykottkampagne einlädt und sich wachsender Unterstützung erfreut.



Grosses Medienecho erntete in mehreren Ländern die diesjährige Ausgabe der Israeli Apartheid Week, die 2010 zum sechsten Mal über die Bühne ging. Den Höhepunkt bildete eine halbstündige Diskussion auf dem englischsprachigen Sender von Al Jazeera, in der Ziele und inhaltliche Grundlage der Apartheidwoche dargelegt wurden.

Die Initiative zur Apartheidwoche ging von einer Gruppe von Studierenden in Toronto (Kanada) aus, die wenige Monate nach Lancierung des Aufrufs der palästinensischen Zivilgesellschaft zu Boykott, Desinvestition und Sanktionen (BDS) gegen Israel im Sommer 2005 beschloss, die Diskussion über die Kampagne auf den Campus zu tragen. Seither hat die Idee zahlreiche Nachahmer gefunden. Bislang wurden Apartheidwochen in über 50 Städten weltweit durchgeführt, darunter in Gaza, Bethlehem, Nablus, Jerusalem und Jenin sowie in zahlreichen Städten Nord-

Mittel- und Südamerikas, Südafrikas und Europas. Mit Beirut war dieses Jahr erstmals auch eine arabische Stadt ausserhalb der besetzten Gebiete mit dabei.

Inhaltlich geht es darum, die BDS-Kampagne und ihre Forderungen einer breiteren Öffentlichkeit bekannt zu machen. Ein Schlüsselbegriff zur Charakterisierung der israelischen Politik gegenüber den PalästinenserInnen, der auch namensgebend war, ist „Apartheid“. Der Begriff ist hier nicht im Sinn einer moralischen

Wertung zu verstehen, sondern als völkerrechtlich definiertes Verbrechen der institutionalisierten Diskriminierung und Dominanz einer Bevölkerungsgruppe über andere und der damit einhergehenden Praktiken. Auf Israel gemünzt, meint er das gesamte politische, rechtliche und militärische System der Beherrschung und Unterdrückung der PalästinenserInnen. Es gilt für alle drei Teile des palästinensischen Volks: die PalästinenserInnen unter Besatzung (rund 5 Millionen), die PalästinenserInnen in Israel (rund 1,3 Millionen) und die PalästinenserInnen im Exil (rund 7 Millionen). In den besetzten Gebieten sind die Apartheidstrukturen neben anderen Völkerrechtsverletzungen durch das anhaltende militärische Besatzungsregime und die Blockade des Gazastreifens allgegenwärtig. Subtiler und oft übersehen ist die umfassende Diskriminierung der palästinensischen, d.h. nichtjüdischen Bevölkerung in Israel in rechtlicher, sozialer, politischer und kultureller Hinsicht. Für die palästinensischen Flüchtlinge und intern Vertriebenen kommt Apartheid in der Verweigerung des Rückkehrrechts im Kontext der systematischen Unterdrückung zum Tragen. Allen genannten Aspekten gemeinsam ist die Absicht des zionistischen Staates, sich palästinensisches Land und Ressourcen anzueignen und die palästinensische Bevölkerung zu vertreiben oder, wo dies nicht möglich ist, durch ein subtiles System aus Gesetzen, Erlässen, Verboten und sozialen Praktiken auf immer engerem Raum einzugrenzen.

Im Rahmen der Israeli Apartheid Week soll der Blickwinkel auf diesen strukturellen Charakter der israelischen Dominanz über die PalästinenserInnen gelenkt und das Verständnis dafür vertieft werden. Diese israelische Politik und Praxis gilt es zu delegitimieren. Auf denselben Ideen baut die BDS-Kampagne auf, die nichts anders fordert als die Umsetzung elementarer Grundrechte





Warten am Checkpoint

der palästinensischen Bevölkerung, unabhängig von der konkreten staatlichen Form, die dafür gewählt wird.

Berührungspunkte zu sozialen Bewegungen

Gerade diese auf das Völkerrecht gestützte, am Vorbild des Kampfs gegen die südafrikanische Apartheid orientierte Kampagne wird von zionistischen Kreisen als Bedrohung wahrgenommen. So gab es bei der ersten Ausgabe der Israeli Apartheid Week in Toronto massiven Druck auf die Universitätsleitung, den Veranstaltern die Räumlichkeiten zu entziehen. Er konnte jedoch durch eine gute Mobilisierung abgewehrt werden, und der Medienrummel hatte gefüllte Hörsäle zur Folge. Auch in anderen Städten wurden Plakate verboten oder Veranstaltungen be-

hindert, und in Kanada steht ein Antrag zur Diskussion, die Verwendung des Begriffs „israelische Apartheid“ unter Strafe zu stellen. Dessen ungeachtet haben die Apartheidwoche und die BDS-Kampagne in den letzten Jahren rasanten Zulauf erhalten.

Organisiert werden die Veranstaltungen dezentral, aber im Austausch zwischen einzelnen Ländern und Städten, insbesondere was die Einladung von ReferentInnen betrifft. Eine kleine Koordinationsgruppe kümmert sich um die Website und legt jeweils im Herbst den Termin der nächsten Woche fest.

Die Israeli Apartheid Week stellt eine ausgezeichnete Möglichkeit dar, die BDS-Kampagne über den engeren Kreis der Solidaritätsbewegung hinaus in politische, soziale und kulturelle Bewegungen zu tragen und Berührungspunkte mit diesen zu suchen. Eine Woche lang stehen an

Universitäten, in Quartiertreffs, Kulturzentren, Flüchtlingslagern oder auf der Strasse vielfältige Aktivitäten auf dem Programm – von Vorträgen, Diskussionsveranstaltungen und Videokonferenzen über Filmvorführungen, Konzerte und Ausstellungen bis hin zu Demonstrationen, der Verteilung von Informationsmaterial und Unterschriftensammlungen. Viele Referate werden auf Video aufgezeichnet und stehen so anderen Interessierten und Städten zur Verfügung.

Nächstes Jahr wollen wir auch in der Schweiz mit dabei sein und wenn möglich an mehreren Orten ein Programm auf die Beine stellen. Dafür suchen wir noch AktivistInnen, die von der BDS-Kampagne überzeugt sind und bei der Vorbereitung der Israeli Apartheid Week mithelfen wollen.

Interessierte schreiben an:

kontakt@bds-info.ch

Website der Israeli Apartheid Week:

> www.apartheidweek.org

Diskussion auf Al Jazeera:

> <http://english.aljazeera.net/programmes/insidestory/2010/03/201033134534575881.html>

Das Verbrechen der Apartheid

Völkerrechtliche Grundlagen: *Internationales Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung (1965)*; *Internationale Konvention über die Bekämpfung und Bestrafung des Verbrechens der Apartheid (1976)*, *Römer Statut des Internationalen Strafgerichtshofs (1998)*

Das Römer Statut definiert das „Verbrechen der Apartheid“ als „unmenschliche Handlungen ... die von einer rassistischen Gruppe im Zusammenhang mit einem institutionalisierten Regime der systematischen Unterdrückung und Beherrschung einer oder mehrerer anderer rassistischer Gruppen in der Absicht begangen werden, dieses Regime aufrechtzuerhalten“.

Diskussion: Besatzung, Apartheid und die BDS-Kampagne

Die Bedeutung und Entwicklung der BDS-Bewegung, Israel als Apartheidstaat, allgemeiner Boykott gegen Israel oder Beschränkung auf die Besatzung – das sind Fragen, die in der Solidaritätsbewegung immer wieder diskutiert werden. Dazu Auszüge aus einem Beitrag von Omar Barghouti von der palästinensischen Leitung der BDS-Kampagne (BNC).



Der jüngste israelische Angriffskrieg gegen den besetzten Gazastreifen und die seit zwei Jahren dauernde illegale, unmoralische Belagerung dieses Gebietes haben zu einem weltweiten Umdenken der Öffentlichkeit gegenüber der israelischen Politik geführt.

Die im Juli 2005 lancierte BDS-Kampagne unter palästinensischer Führung wird von einer überwältigenden Mehrheit der palästinensischen Organisationen weltweit unterstützt. Verurzelt in einer langen Tradition des gewaltlosen Widerstandes von unten in Palästina, verfolgt die Kampagne einen auf Menschenrechte gestützten Ansatz. Jede Form von Rassismus einschliesslich Antisemitismus und Islamophobie lehnt die Kampagne strikt ab. Der BDS-Aufruf definiert eindeutig die drei fundamentalen Rechte der PalästinenserInnen, die Minimalforderungen für einen gerechten Frieden darstellen und den PalästinenserInnen erlauben, ihr un-

veräusserliches Recht auf Selbstbestimmung auszuüben ...

Der BNC hat dieses Jahr eine fundierte Studie des israelischen Systems der Unterdrückung der PalästinenserInnen veröffentlicht, die zum Schluss kommt, dass Israel Besatzung, Kolonisation und Apartheid betreibt. Eine von der südafrikanischen Regierung in Auftrag gegebene Studie unter Leitung des renommierten Völkerrechtlers Prof. John Dugard ist zu den gleichen Schlussfolgerungen gekommen, auch wenn sie sich auf die 1967 besetzten Gebiete beschränkt.

Die Kennzeichnung von Israel als Apartheidstaat bedeutet nicht, dass das Diskriminierungssystem identisch ist mit der Apartheid in Südafrika. Es bedeutet lediglich, dass die israelischen Gesetze und die israelische Politik gegenüber den PalästinenserInnen, die sogar in einem Bericht des US-State Department 2008 als System der „institutionellen, rechtlichen und gesellschaftlichen Diskriminierung“ beschrieben wur-

den, weitgehend der Definition von Apartheid entsprechen.

Dennoch wollen die von nachvollziehbaren Schuldgefühlen wegen des Völkermords an den Juden beherrschten Westmächte den grundlegenden Unterschied nicht wahrhaben, der zwischen dem Widerstand gegen die israelischen Völkerrechtsverletzungen und der Diskriminierung von Juden/Jüdinnen besteht ...

Die ganze Welt ist aufgerufen, alle israelischen Einrichtungen und Unternehmen zu boykottieren und Kapital aus Unternehmen abzuziehen, die von der israelischen Apartheid, Besatzung oder Negierung der Flüchtlingsrechte profitieren. Was aber, wenn eine Gruppe sich einzig auf die Besatzung, nicht aber auf die Apartheid in Israel oder die Rechte der Flüchtlinge konzentrieren will? Die unveräusserlichen Rechte des palästinensischen Volkes sind weder teilbar noch verhandelbar. Nur wir PalästinenserInnen selbst können entscheiden, welche Ziele wir anstreben und wie wir unser Recht auf Selbstbestimmung ausüben können. Die Solidaritätsbewegungen können nur entscheiden, welche Taktik ihrer Meinung nach am wirksamsten und nachhaltigsten ist, um uns in ihrem spezifischen Kontext bei der Durchsetzung unserer Rechte zu unterstützen.

Während der Boykottkampagne gegen die Apartheid in Südafrika wurden sämtliche kulturellen, sportlichen, universitären, wirtschaftlichen u.a. Apartheidinstitutionen boykottiert. In jeder Boykottbewegung werden Massnahmen gegen den Staat ergriffen, der Völkerrechtsverletzungen begeht und die Menschenrechte missachtet. Auch wer nur die Besatzung und die Siedlungen ablehnt, muss Israel boykottieren. Immerhin ist Israel gemäss Völkerrecht jene staatliche Entität, die für die Verbrechen der Besatzung und des Siedlungsbaus verantwortlich ist. Übersetzung eines Beitrags von Omar Barghouti für die französische Coalition gegen Agrexco: Cornelia Hanke
Der gesamte Beitrag findet sich unter
> www.bds-info.ch

BDS in Palästina

BoykottistinderinternationalenSolidaritätsbewegungeinzentralesMittel des Drucks auf Israel, um fundamentale Rechte der PalästinenserInnen durchzusetzen. In Palästina ist Boykott eine der seit Langem praktizierten Formen des Widerstands, die heute zu neuer Aktualität gelangt.



Apartheidwoche an der Uni Bethlehem

Neben anderen Aktivitäten wie den wöchentlichen Demonstrationen gegen den Mauerbau in Bil'in und weiteren Orten ist die Bewegung für Boykott, Desinvestition und Sanktionen gegen Israel, bis dieses das Völkerrecht respektiert (BDS), eine zentrale Form des gewaltfreien Widerstands gegen das israelische Besatzungs-, Kolonial- und Apartheidregime. Lokale Boykottaufrufe, die sich ursprünglich gegen die Briten richteten, gab es in Palästina schon in den 1930er-Jahren. Nach der Staatsgründung Israels 1948 erhielt die Forderung eine internationale Dimension: Der Boykott Israels und die Solidarität mit den PalästinenserInnen gehörten zum Konsens unter den arabischen Staaten. Diese

oft wenig reflektierte panarabische Haltung dominierte drei Jahrzehnte lang. 1978 scherte Ägypten aus dem Konsens aus und normalisierte seine Beziehungen mit Israel.

Während der ersten Intifada gab die vereinte palästinensische Führung die Weisung aus, israelische Produkte zu boykottieren, um die Ablehnung der Zusammenarbeit mit der Besatzungsmacht zu signalisieren. Ähnliche Aufrufe gab es vereinzelt während der zweiten Intifada, dort allerdings ohne Rückhalt der palästinensischen Führung, die seit dem Oslo-Abkommen 1993 grundlegende Rechte und Forderungen zugunsten einer vermeintlichen Normalisierung und Eigenstaatlichkeit aufgeben hatte. Das schlug sich auch in der in-

ternationalen Solidaritätsbewegung nieder, die Fragen wie das Rückkehrrecht und die strukturelle Diskriminierung der PalästinenserInnen in Israel ausklammerte. Eine Wende brachte die seit 2001 erstarkende Bewegung für das Recht auf Rückkehr, die eine systematische Analyse der israelischen Politik gegenüber den PalästinenserInnen leistete. Sie mündete 2005 in den BDS-Aufruf. Eine wichtige Etappe war im November 2007 die Gründung des nationalen Ausschusses der BDS-Kampagne (BNC), die der Kampagne auf palästinensischer Seite eine klare Struktur gibt.

Die politische Führung gewinnen

Indem die BDS-Bewegung das Völkerrecht und Menschenrechte ins Zentrum stellt, die Rechte der palästinensischen Flüchtlinge und der PalästinenserInnen in Israel integriert und die Zusammenarbeit mit israelischen Institutionen ablehnt, vertritt sie eine wesentlich radikalere Haltung als die Palästinenserbehörde (PA), die eng mit dem israelischen Besatzungs- und Kolonialregime zusammenarbeitet. So hat die PA mit Israel Verträge über Sonderwirtschaftszonen entlang der Mauer in den besetzten Gebieten abgeschlossen, die von israelischen Sicherheitsdiensten kontrolliert und von israelischen Unternehmen betrieben werden. Palästinensische Arbeitskräfte sollen dort zu Billigstlöhnen ohne gewerkschaftliche Rechte beschäftigt werden. Der BNC hat sich daher zum Ziel gesetzt, die PA zu einer klaren Haltung im Bezug auf Boykott zu gewinnen und gleichzeitig den Rückhalt in den unterstützenden Organisationen und der Bevölkerung zu vertiefen.

Da Israel den Markt in den besetzten Gebieten gerade bei strategischen Produkten wie Wasser, Salz oder Getreide weitgehend

kontrolliert, kann unter den Bedingungen der Besetzung der lückenlose Boykott kein Ziel sein. Die palästinensische Wirtschaft steht unter dem doppelten Druck des Freihandels und der Besetzung, in vielen Bereichen des traditionellen Handwerks und der verarbeitenden Industrie verdrängen israelische und asiatische Produkte die palästinensischen. Zudem hat sich eine

Art von Mentalität der Kolonisierten ausgebreitet, wonach israelische Produkte als besser gelten. Unter diesen Bedingungen geht es darum, mit einer lokalen Boykottstrategie das Bewusstsein zu stärken, nicht mit dem Besatzungs- und Apartheidregime zusammenzuarbeiten und, wo Alternativen vorhanden sind, israelische Produkte zu vermeiden, ohne sich für Marketingstrategien

einzelner palästinensischer Firmen einspannen zu lassen. Dafür wird versucht, Jugendliche in lokale Aktivitäten einzubeziehen. Vom Rückhalt in der Bevölkerung wird auch abhängen, welche Haltung die PA einnehmen wird, wenn Israel versuchen sollte, Druck auszuüben, damit sie die BDS-Bewegung zurückbindet.

Flüchtlinge und intern Vertriebene – die aktuelle Statistik

Ende 2008 gab es 6,6 Millionen palästinensische Flüchtlinge und rund 427 000 intern Vertriebene. Das entspricht 67 Prozent der gesamten palästinensischen Bevölkerung – die grösste und älteste Flüchtlingsgruppe der Welt. Diese Zahlen sind dem neusten Flüchtlingsbericht der palästinensischen NGO Badil zu entnehmen.

Seit 2002 publiziert Badil regelmässig eine Studie zur aktuellen Situation der palästinensischen Flüchtlinge und Vertriebenen in Israel, in den besetzten Gebieten und weltweit. Die Publikation versteht sich unter anderem als Gegengewicht zur falschen oder oft nicht vorhandenen Information über die Lage der palästinensischen Flüchtlinge in den internationalen Medien. In fünf Kapitel zeigt die Publikation die unterschiedlichen Lebensrealitäten der Flüchtlinge und die wichtigsten Aspekte der Flüchtlingsproblematik. Sie liefert Hintergrundwissen und Daten zur Nakba und dem Verlauf der systematischen Vertreibung der palästinensischen Bevölkerung durch Israel.

Im Vergleich zu früheren Publikationen setzt sich die aktuelle Studie zusätzlich zum Ziel, die Vertreibung der palästinensischen Bevölkerung in der Gegenwart

und jüngsten Vergangenheit zu dokumentieren. Allein während der israelischen Militäroperation „Cast Lead“ im Gazastreifen 2008/2009 wurden rund 100 000 PalästinenserInnen vertrieben. Zu den aktuell am stärksten von Vertreibung bedrohten palästinensischen Gruppen in Israel und den besetzten Gebieten zählen BewohnerInnen entlang der Mauer (498 000 Bew. in 92 Gemeinden), palästinensische BeduinInnen, die BewohnerInnen des Jordantals, Ostjerusalems, Hebrons, des südlichen Teils und der Pufferzone im Gazastreifen. Unter den PalästinenserInnen in Israel sind insbesondere die Beduinen im Naqab (Negev) und palästinensische Gemeinschaften in sogenannten „gemischten Städten“ Galiläas von Vertreibung bedroht. Einen besonderen Status nehmen generell die vertriebenen PalästinenserInnen innerhalb Israels und der besetzten palästinensischen Gebiete („Internally Displaced Persons“) ein, deren Schicksal international noch immer zu wenig Beachtung findet.

Am Anfang der Studie werden Forderungen aufgeführt, die Voraussetzungen für eine dauerhafte, von den palästinensischen Flüchtlingen mitbestimmte Lösung des Israel-Palästina-Konflikts bilden. Im



Zentrum steht dabei die Forderung auf Rückkehr. Am Schluss wird auf die internationale Wahrnehmung des Flüchtlingsproblems sowie die Verantwortung der internationalen Gemeinschaft eingegangen, sich für eine Lösung einzusetzen und die Flüchtlingsproblematik in internationalen Verhandlungen aufzunehmen. Zuletzt folgt ein Überblick über Kampagnen zur Durchsetzung der Rechte der palästinensischen Flüchtlinge und der Vertriebenen in Israel und den besetzten palästinensischen Gebieten.

Die Studie kann bei Badil als PDF auf der Homepage bezogen oder als Druckexemplar bestellt werden.

> www.badil.org

Das Jordantal – Vertreibung und Schikanierung der palästinensischen Bevölkerung

Im Jordantal eignet sich Israel systematisch Land, Wasser und landwirtschaftliche Ressourcen an. Die palästinensische Bevölkerung ist in ihrer Existenz zunehmend bedroht.



Die israelische Armee bei der Zerstörung palästinensischer Wohnhäuser und landwirtschaftliche Einrichtungen von 4 Familien in Hadidiya im Jordantal 2008. Die Zerstörungen waren Teil einer grösseren Aktion der israelischen Armee zur Vertreibung von PalästinenserInnen aus dem Gebiet.

Ein Youtube-Video mit dem Namen „The Jordan Valley“ zeigt die fruchtbare, wunderschöne Landschaft des Jordantals. Sie sei von Anfang an von der Schönheit der unberührten Landschaft überwältigt gewesen, erzählt eine israelische Siedlerin. Für sie sei sofort klar gewesen, dass dies der Ort sei, an dem ihre Kinder aufwachsen sollten.

Das Jordantal ist wegen der Wasserressourcen des Jordans und seinem Reichtum an natürlichen Rohstoffen ein äusserst attraktiver Landstrich. Er bildet gleichzeitig die Grenze zwischen den besetzten Gebieten und Jordanien. Immer mehr jüdische SiedlerInnen lassen sich hier nieder.

Das Tal erstreckt sich über 2400 m², wovon die Hälfte von israelischen SiedlerInnen kontrolliert

wird. Weitere 46 % des Landes hat Israel zu militärischem Sperrgebiet erklärt. Lediglich 4 % des Jordantals stehen heute der palästinensischen Bevölkerung zur Verfügung, 70 % der rund 52 000 palästinensischen BewohnerInnen leben in Jericho.

Die meisten der im Jordantal lebenden PalästinenserInnen sind Bauern, viele von ihnen Beduinen, die durch die israelische Besatzungsmacht und die SiedlerInnen in ihrer landwirtschaftlichen Tätigkeit behindert werden. Mit einer gezielten Vertreibungspolitik bedroht Israel ihre Existenz – allein zwischen Januar und März 2006 wurden rund 3000 PalästinenserInnen vertrieben. Die israelischen Besatzer verhindern mit der Verweigerung von Baubewilligungen und mit dem Zerstören von „illegal“

gebauten Häusern und Zelten, dass die palästinensische Bevölkerung über genügend Wohnraum und öffentliche Gebäude verfügt.

Wasser

Israel beansprucht einen Grossteil der Wasserreserven des Jordans für sich, Bohrungen und Instandhaltungen von Brunnen werden von der staatlichen israelischen Wassergesellschaft Mekarot monopolisiert, PalästinenserInnen ist es verboten, selbst Brunnen zu bohren oder bestehende instand zu halten. Israel errichtet neue Brunnen, die nur Israelis vorbehalten sind. Diese befinden sich oft in unmittelbarer Nähe zu palästinensischen Brunnen, die durch die tieferen Bohrungen austrocknen. Durch das Überschreiten der Maximaltiefe gefährdet Israel das Ökosystem des Jordans und des Toten Meeres. Zudem deklariert die Besatzungsmacht Gebiete mit strategischen Wasserressourcen als militärisches Sperrgebiet. Die Wasserpolitik Israels hat zur Folge, dass die palästinensischen BewohnerInnen in ständiger Wasserknappheit leben und es sowohl an Trinkwasser als auch an Wasser für die Bewirtschaftung der Felder fehlt.

Bewegungsfreiheit

Das Jordantal ist von fünf festen Checkpoints umgeben. PalästinenserInnen ist das Passieren nur erlaubt, wenn sie ihren Wohnsitz im Jordantal haben und älter als 30 Jahre sind. Die Checkpoints sind jeweils von 6.00 bis 21.00 Uhr geöffnet. Viele PalästinenserInnen können nicht nachweisen, dass sie BewohnerInnen des Jordantals sind, weil sie keine entsprechenden Papiere besitzen. Die vielen Bedingungen, die zum Passieren der Checkpoints erfüllt werden müssen, bedeuten, dass viele faktisch in ihren Dörfern

gefangen sind. Überdies kommt es an den Checkpoints immer wieder zu willkürlichen Festnahmen oder zum Entzug von Ausweispapieren.

Wirtschaft

Die palästinensischen Bauern werden schikaniert und als landwirtschaftliche Arbeitskräfte massiv ausgebeutet. Die palästinensischen Produkte werden durch subventionierte Siedlerprodukte konkurriert, die zu Dumpingpreisen auf palästinensischen Märkten verkauft werden. Israel blockiert die Einfuhr passender Düngemittel und Pestizide, Saatgut wird während längerer Zeit an den Checkpoints zurückgehalten. Palästinensische Bauern werden gezwungen, jüdische Siedler für das Packen und Abfertigen der Landwirtschaftsprodukte zu bezahlen, damit sie die Checkpoints passieren können.

Israel exportiert die Produkte aus dem Jordantal nach Europa und deklariert sie zum Teil als Made in Israel.

Systematische Vertreibung

Das Vorgehen der Besatzungsmacht im Jordantal zeigt beispielhaft die systematische Vertreibungspolitik Israels auf, die hier schon weit fortgeschritten ist. Gegenüber dem Elend der palästinensischen BewohnerInnen des Jordantals werden die Kinder der israelischen Siedlerin im YouTube-Video in einer atemberaubend schönen Landschaft aufwachsen und von den Privilegien profitieren, die es mit sich bringt, unter dem Schutz des israelischen Staates zu stehen.

Weitere Informationen

- > www.bds-info.ch/kampagnen/dossier-jordantal
- > www.savethechildren.org.uk/en/docs/Jorand_Valley_6_pages_low.pdf
- > www.jordanvalleysolidarity.org
- Video „The Jordan Valley“,
- > www.youtube.com/watch?v=cYqHlmt8xM4

Agrexco – Symbol für Land- und Wasserraub

Agrexco ist der Name des führenden israelischen Unternehmens für den Export von Früchten, Gemüse, Kräutern und Blumen. Die Firma ist zur Hälfte in staatlichem Besitz und vertreibt bekannte Marken wie Carmel, Carmel Bio Top, Ecofresh, Jaffa, Jordan River, Alesia u.a. In den besetzten Gebieten kontrolliert Agrexco auch den Grossteil der Exporte palästinensischer Agrarprodukte. Die palästinensischen Bauern in der Westbank sind gezwungen, Exporte über israelische Firmen abzuwickeln.

Der Name Agrexco ist direkt verbunden mit der kolonialen Politik des Landraubs, der Aneignung von lebenswichtigen Ressourcen wie Wasser und der Ausbreitung der israelischen Wirtschaft auf dem Rücken der palästinensischen Gesellschaft. Dies gilt für traditionsreiche Produkte wie die Jaffa-Orangen, eine ursprünglich palästinensische Firma, aber auch für Kräuter, Obst und Gemüse aus Israel, die auf enteignetem Land angebaut werden. Ein aktuelles Beispiel ist der Negev, wo insbesondere die BeduinInnen von einer Politik der Zwangsumsiedlungen betroffen sind. Ein Schwerpunkt von Agrexco liegt auf dem Export landwirtschaftlicher Produkte aus dem Jordantal (besetzte Gebiete). Agrexco verfügt dort über mehrere Verpackungszentren. Agrexco setzt sich über das Völkerrecht, aber auch bestehende Handelsverträge hinweg, indem es in den besetzten Gebieten produziert und Herkunftsbezeichnungen falsch deklariert, um Zollvergünstigungen zu erhalten.

Die israelischen Agrarprodukte, die zum Grossteil über europäische Märkte vertrieben werden, symbolisieren besonders gut die Zerstörung der palästinensischen Gesellschaft. Für KonsumentInnen sind sie leicht



Blockadeaktion gegen Agrexco-Verteilzentrale in England.

erkennbar und damit ein wichtiges Ziel der internationalen Boykottkampagne gegen Unternehmen, die von der israelischen Apartheid und Besatzung profitieren. In Europa haben sich zahlreiche Organisationen zur Coalition contre Agrexco zusammengeschlossen, die das Unternehmen im Rahmen der BDS-Kampagne ins Visier nehmen. Insbesondere in Frankreich, wo Agrexco mit neuen Hafenterminals den Handel weiter ausbauen will, gibt es ein breites Bündnis von Komitees, Gewerkschaften, Parteien, Bauernorganisationen und andern. In England haben BDS-AktivistInnen Agrexco-Verteilzentren blockiert. Unterdessen finden in ganz Europa Aktionen vor Lebensmittelläden, darunter Flashmobs, statt.

Achten Sie beim Kauf von Obst und Gemüse auf die Herkunft der Produkte! Vermeiden Sie israelische Kräuter, Früchte, Kartoffel, Datteln (Exporteur: Hadiklaim) und protestieren Sie gegen Falschdeklarationen.

Weitere Informationen

- > www.coalitioncontregrexco.com (Frankreich)
- > www.corporateoccupation.wordpress.com/tag/agrexco/
- > www.bds-info.ch/kampagnen

„Wir haben mit ‚Qualität plus‘ Pionierarbeit geleistet“

Das Palästina-Info sprach mit dem Projektleiter Kozeed Abo Safiah über das Projekt „Qualität plus“, das von den beiden Schweizer Organisationen Olivenölkampagne und Schweizer Arbeiterhilfswerk gefördert wird. Das Projekt will palästinensische Bauern unterstützen, die Qualität ihres Olivenöls zu verbessern.



Olivenernte

Was sind die Ziele des Projektes „Qualität plus“?

Das Projekt soll die palästinensischen Bäuerinnen und Bauern darin unterstützen, die Qualität ihres Olivenöls zu gewährleisten, und damit den Verkauf fördern. Wenn wir das Öl in der Schweiz oder in Europa verkaufen wollen, muss es auch gewisse hier übliche Qualitätsmerkmale (Säuregehalt, Biozertifizierung etc.) erfüllen. Das Olivenöl in Palästina ist von Haus aus biologisch, muss aber offiziell zertifiziert und mit der Bio-Knospe ausgezeichnet sein. Darum heisst das Projekt auch „Qualität plus“. Qualitativ gutes Olivenöl zu produzieren ist mittlerweile eine Voraussetzung dafür, dass die Leute einen besseren Preis für ihr Produkt erzielen. Die Bauern sind so weniger den stark schwankenden Preisen und den Zwischenhändlern ausgeliefert.

Für den Verkauf in die Schweiz zahlen wir 10–15 Prozent mehr als den durchschnittlichen Marktpreis vor Ort, denn wir wollen, dass die Bauern einen fairen Preis für ihr Produkt erzielen. Die Kooperativen erhalten zudem einen Shekel (rund 30 Rappen) pro Liter.

Was bedeutet das Projekt genau für die Bauern?

Um den Qualitätsansprüchen gerecht zu werden, müssen die Olivenbauern Umstellungen in Kauf nehmen, die fast alle Stationen in der Olivenöl-Produktionskette betreffen. Es fängt damit an, welche Methoden sie in der Hain- und Baumpflege verwenden, geht über das Wie und Wann der Ernte und der Behandlung der Früchte bis hin zur Frage, wie das Olivenöl als Endprodukt gelagert werden muss.

Man könnte sagen, in der Olivenölproduktion wird eine neue Kultur eingeführt. Eine Veränderung, welche die Bereitschaft der Bauern, ihre intensive Begleitung durch Fachstellen und -personen sowie einen grossen finanziellen Aufwand voraussetzt.

Wir helfen den Bauern daher, zuerst Kooperativen aufzubauen und sich zu organisieren. Sie können so ihre Interessen besser formulieren und vertreten und ihre Teilnahme am Veränderungsprozess optimieren. Zudem stellen gut funktionierende Kooperativen eine Garantie für die Nachhaltigkeit des Projektes dar.

Mit der Palestinian Agricultural Development Association (PARC) als verantwortlicher Organisation für die Implementierung des Projektes haben die Bauern einen kompetenten Partner.

Ein grosser Teil der Projektkosten wird durch unterstützende Organisationen in der Schweiz abgedeckt. Die Bauern werden aber auch verpflichtet, einen Teil der Kosten selbst zu übernehmen.

Wie hat sich das Projekt entwickelt?

Ich komme aus einem der drei Dörfer, wo wir das Projekt gestartet haben. Ich wollte da anfangen, wo ich Leute kenne und von diesen Ideen überzeugen kann. Sonst wäre es schwierig gewesen, weil die Umstellungen ein Umdenken erfordern. Dass mich die Leute im Dorf gekannt haben, hat sehr geholfen. Jetzt sehen sie konkret, was sich verbessert hat, sie sehen, dass es gut läuft. Vorher gab es in der ganzen Westbank kein vergleichbares Projekt. Wir haben Pionierarbeit geleistet, unterdessen gibt es mehrere solche Projekte.

Ende 2008 haben wir beschlossen, das Projekt auf zwei weitere Gebiete auszuweiten, auf Tulkarem und Jenin. Das sind Gebiete, die vom Ausland vernachlässigt werden.

Wie ist Landwirtschaft unter Besatzung möglich? Bei der Fahrt nach Jayyous sind wir an vielen Siedlungen, abgeriegelten Gebieten und der Mauer vorbeigekommen?

Die Bauern haben keine Sicherheit. Da ist als Erstes die massive Einschränkung der Bewegungsfreiheit. Sie wissen nie, ob sie morgen auf ihre Felder oder in die nächste Stadt fahren können – je nach Lust und Laune der Soldaten an den Checkpoints oder der Sicherheitsorder des israelischen Militärs werden sie daran gehindert. Zeitweise ist bis zur letzten Minute unsicher, ob BeraterInnen oder HelferInnen anreisen können.

Das andere ist die Enteignung des Landes. Jayyous ist ein krasses Beispiel, weil der Grossteil des Landes durch den Bau der Mauer/des Zauns abgetrennt wurde. Die Bauern brauchen eine spezielle Erlaubnis, um auf ihr Land zu kom-



men. Die Tore in der Mauer werden z.B. nur zweimal täglich für eine halbe Stunde geöffnet, wenn sie am jeweiligen Tag überhaupt geöffnet werden. In den Sicherheitszonen um die Siedlungen herum bekommen die Bauern und ihre HelferInnen oft auch in der Erntezeit keinen Zugang zur ihren Bäumen. Bauern werden von Siedlern angegriffen, Bäume angezündet oder zersägt.

Dazu kommt die fehlende Unterstützung durch die palästinensische

Behörde und die infolge andauernder Besatzung und wirtschaftlichem Druck chronisch gewordene Armut. Für palästinensische Bauern ist es eine Sache der Unmöglichkeit, mittel- oder langfristig zu planen – sie sind gezwungen, immer von heute auf morgen zu denken.

Trotz all dieser Schikanen und Einschränkungen konnten wir eine gute Qualität erreichen.

Besuch bei Olivenbauern in Jayyous

Drei AktivistInnen aus Basel besuchten palästinensische Bauern, die sich am Projekt „Qualität plus“ beteiligen. Wir wollten einen besseren Eindruck von der Herstellung des Olivenöls erhalten, das wir unter dem neuen Label „Sumoud“ bei uns verkaufen werden.

Begrüsst werden wir von Landwirten, Gemeindevorsteher und Mitgliedern verschiedener landwirtschaftlicher Komitees. Da Samstag ist, findet unser Treffen in einem der Schulzimmer statt, ein grosser Kreis mit Stühlen ist schon hergerichtet und auch die für die palästinensische Gastfreundschaft so typischen Süssgetränke und Süssigkeiten fehlen nicht.

Die Männer und eine Frau schauen uns erwartungsvoll an. Zuoberst, am Tisch in der Mitte, müssen wir Platz nehmen, und uns wird plötzlich bewusst, wie wichtig dieses Treffen für die Anwesenden sein muss. Wir, die drei SchweizerInnen der Solida-

ritätsbewegung, sind wohl die einzigen Olivenölabnehmer aus dem Ausland, welche die Bauern kennenlernen; so geben wir unser Bestes und stellen uns vor.

Aus vier Dörfern – Jayyous, Az-zoun, Kafr Tulth und Kirbeth Se'ir – finden sich Bauern im Raum, die alle einer von vier Kooperativen angehören. Diese verpflichten sich, biologisches Öl zu produzieren. Auf unsere Frage hin, was die Kooperative denn sonst noch ausmache, wird so lebhaft durcheinander diskutiert, dass unser Übersetzer mit Übersetzen nicht mehr nachkommt, zumal auch er sich nun aktiv in die Gespräche einmischt.

Etwas später wissen wir dann, dass sich die Mitglieder einer Kooperative gegenseitig bei der Ernte unterstützen, Werkzeuge teilen und somit die Infrastrukturkosten der Produktion von biologischem Öl gemeinsam tragen. Gemeinsam genutzt werden z.B. Traktoren, aber auch die grossen, für die Lagerung wichtigen Stahltänke. Als Kooperative ist es zudem einfacher, die Olivenpresse nach der Ernte für die biologische Verarbeitung herzurichten.

Die Bauern bilden sich auch weiter und streichen hervor, dass sie als Mitglied einer Kooperative vom Wissen der anderen profitieren. Unterstützt werden sie von der Arab Agronomists Association (AAA) in Ramallah. Diese führt Schulungen durch, berät die Bauern und ist für die Abfüllung des Öls und den weiteren Vertrieb zuständig. Eine in Ägypten ansässige Organisation überprüft den ganzen Ablauf und stellt das Biolabel aus, genehmigt von den schweizerischen Behörden.



Selbstbewusst tritt auch die einzige anwesende Palästinenserin auf. Sie ist Mitglied der Frauen-Kooperative in Se'ir. Mehr noch als die Männer sind die Frauen auf Unterstützung angewiesen, um sich in Landwirtschaft auszubilden und sie dann ums Haus herum betreiben zu können. Als karitative Organisation hilft die Kooperative hauptsächlich armen Familien und verschenkt Schafe für die Heimtierhaltung. Damit ist ein Teil der Nahrung für eine Familie sichergestellt.

Die Anwesenden sind froh, biologisches Olivenöl herstellen zu können, auch wenn die Auflagen schwer und arbeitsintensiv sind. In Zukunft

möchten sie noch mehr Mitglieder aus den Dörfern integrieren, falls sich der Absatz steigern lässt.

Neben der israelischen Besatzung, die viele Bauern/Bäuerinnen von ihren Bäumen trennt und Wasserzugänge versperrt, werden auch andere Schwierigkeiten genannt. Vorab technische Hilfsmittel wie Motorsägen, Mulchgeräte und weitere Stahl tanks fehlen. 2009 war ein schlechtes Erntejahr, der Zweijahresrhythmus der Olivenbäume verspricht dafür dieses Jahr eine reiche Ernte. Mit dem Verkauf des Öls auch in der Schweiz können die Kooperativen die fehlenden Hilfsmittel hoffentlich bald beschaffen.

„Sumoud“ – Neues Label für palästinensische Produkte

Ab Januar 2010 kann in der Schweiz das biologische Olivenöl Sumoud gekauft werden. Das Öl wird von den Kooperativen in der Westbank hergestellt, die sich auch am Projekt „Qualität plus“ beteiligen.

Mit den Produkten unter dem neuen Label (vorerst Bio-Olivenöl, Zaatar und Maftul) möchten wir nicht nur das Einkommen der Bauern und Bäuerinnen fördern, sondern auch den palästinensischen Kampf für das Recht auf Selbstbestimmung, Gleichberechtigung und Rückkehr der Flüchtlinge unterstützen. Ein kleiner Betrag aus dem Erlös geht deshalb an die BDS-Kampagne (Boykott, Desinvestition und Sanktionen gegen Israel).

Wer sich genauer für das neue Label interessiert und bei Verkauf und Organisation des Vertriebes mithelfen möchte, melde sich bei olivenoel@palaestina-info.ch.

* Sumoud/الصمود bedeutet Standfestigkeit, Beharrlichkeit



Rückblick auf den Gaza Freedom March

Vera und Mikael koordinierten die Schweizer Delegation in Ägypten. Sie halten Rückschau auf die Aktivitäten anlässlich des ersten Jahrestages der israelischen Militärangriff gegen den abgeriegelten Gazastreifen.



Der Gaza Freedom March (GFM) begann für uns als Mitkoordinatoren mit einem E-Mail aus Spanien. Eine Freundin schrieb uns ein paar Zeilen über die Idee für ein globales Solidaritätsprojekt mit dem Ziel, das sofortige Ende der Blockade des Gazastreifens zu erwirken. Dazu sollten aus möglichst vielen Ländern rund um den Globus Menschen aus einem breiten Spektrum der Zivilgesellschaft am 27.12.2009, dem Jahrestag des Beginns der israelischen Militäroffensive, von Kairo in den Gazastreifen reisen.

Der Gaza Freedom March sollte auch von Solidaritätsaktionen in den jeweiligen Herkunftsländern der TeilnehmerInnen begleitet werden, um die Bevölkerung auf die Blockade des Gazastreifens aufmerksam zu machen. Und vor allem auch, um den eigenen Regierungen zu zeigen, dass es auch in ihren Ländern BürgerInnen gibt, die ihre israelfreundliche Politik nicht akzeptieren. Diese Idee für eine solche globale Solidaritätsaktion für Palästina und insbesondere für den Gazastreifen hat uns sofort fasziniert und wir begannen uns konkrete Ge-

danken zu machen, wie auch in der Schweiz eine Delegation für den GFM auf die Beine gestellt werden kann und welche Solidaritätsaktionen stattfinden könnten.

Die dreimonatigen Vorbereitungen beinhalteten neben Sitzungen, Infoveranstaltungen und Spendensammlungen auch das Erstellen von Flyern und einer Webseite (www.gazafreedommarch.ch). All dies kam durch Zusammenarbeit und Unterstützung verschiedener Palästinasolidaritätsgruppen und das grosse Engagement einzelner Personen zustande. Am 26.12.2009 war es so weit und die Schweizer Delegation traf sich zum ersten Mal fast komplett in Kairo.

Die ägyptische Regierung hat am 22. Dezember ihr Veto gegen das Gesuch für die Einreise nach Gaza eingelegt und jegliche Aktivitäten im Zusammenhang mit dem GFM auf ägyptischem Boden für illegal erklärt. Trotzdem trafen um den 26. Dezember nicht nur wir in Kairo ein, sondern auch die überragende Mehrheit der 1400 angemeldeten AktivistInnen aus über 40 Ländern. Angesichts der

Tatsache, dass wir nicht nach Gaza einreisen durften und somit in Kairo blockiert waren, begannen wir Aktionen. Die französische Delegation blockierte umgehend für mehrere Stunden eine Hauptverkehrsachse in Kairo und campierte anschliessend für den Rest der Woche vor der französischen Botschaft. Die anderen Delegationen engagierten sich in über Kairo verteilten Aktionen. Proteste fanden auch vor dem UN-Sitz in Kairo statt. Ebenso eine Kerzenmahnwache in der Altstadt und eine grosse, laute Demonstration vor der israelischen Botschaft. Weitere kleinere Aktionen, wie zum Beispiel das Ausbreiten einer riesigen Palästina-Fahne auf den Pyramiden, erhielten grosse Aufmerksamkeit. Vereinzelt nahmen auch ägyptische AktivistInnen an Aktionen teil, wie zum Beispiel vor dem Gebäude des Journalistenverbands, wo ein grosser Protest gegen den Besuch des israelischen Premiers in Kairo stattfand. Bei fast allen Aktionen war die ägyptische Polizei präsent, vor allem mit dem Ziel, die ägyptische Bevölkerung von uns fernzuhalten und uns von dieser abzuschotten.

Am 31.12.2009 fand ein symbolischer Gaza Freedom March in Rich-



tung Gaza statt. Da dieser Plan dem ägyptischen Geheimdienst nicht entgangen war, wurden am frühen Morgen die Ausgänge mehrerer Unterkünfte von AktivistInnen durch die Polizei abgeriegelt. So schafften es nur einige Hundert, an den Tahrir Square zu kommen, wo wir vor dem ägyptischen Museum einige Meter marschieren konnten, bevor wir mit massiver Polizeigewalt von der Strasse gezerrt und auf dem Bürgersteig eingekesselt wurden.

Weitere Tage mit Protesten und Aktionen folgten. Die südafrikanische Delegation erstellte ein wichtiges Dokument, das eine Grundlage für die koordinierte Planung von Aktionen für das Ende der israelischen Apartheid und Besatzung liefert. Dieses Dokument nennt sich „Erklärung von Kairo“ und beinhaltet den Aufruf zu Boykott, Desinvestition und Sanktionen gegen Israel. Die Erklärung wurde symbolisch von allen Delegationen unterzeichnet und ist im Internet in verschiedenen Sprachen für alle zum

7500 Unterschriften an die Schweizer Regierung

In Vorbereitung zum GFM entstand eine Presseerklärung, die von 40 Schweizer Organisationen unterstützt wurde. Daraus entstand im Anschluss eine Petition mit folgenden Forderungen: – Schweizer Nachdruck bei der Durchsetzung der Vierten Genfer Konvention – Umsetzung der Empfehlungen des Goldstone-Berichts – Ende der Blockade des Gazastreifens. Der vollständige Petitionstext befindet sich auf: www.gazafreedommarch.ch Die Petition wurde innerhalb von drei Monaten von 7500 Personen unterzeichnet und am 19.3.2010 zuhause des Bundesrates an die Bundeskanzlei übergeben.

Weitere Informationen und Bilder
> www.gazafreedommarch.ch

Lesen und zur Unterzeichnung zugänglich: <http://cairodeclaration.org/>

Der GFM war die bislang grösste internationale Mobilisierung gegen die Blockade des Gazastreifens. Es war eine einmalige Erfahrung, Teil dieser Bewegung zu sein, die nicht hauptsächlich auf materielle Hilfe abzielte, sondern wichtige soziale Komponenten einbezog und den Menschen in Gaza, dem zurzeit grössten Freiluftgefängnis der Welt, mit unserer physischen Anwesenheit Solidarität und Beistand bringen sollte.

Dass wir nicht nach Gaza einreisen konnten, war eine grosse Enttäuschung. Die Standhaftigkeit und die andauernden Proteste in Kairo wurden jedoch von den NGOs in Gaza geschätzt und respektiert, da auf ihre missliche Lage aufmerksam gemacht wurde. Unsere Aktionen und Proteste erfreuten sich in Ägypten grosser Medienaufmerksamkeit.

Vera Hug und Mikael Eriksson (KordinatorInnen der CH-Delegation Gaza Freedom March)

Gaza: Die Schweiz muss jetzt handeln

„Ein gutes Jahr nach der israelischen Operation ‚Cast Lead‘ in Gaza droht alles beim Alten zu bleiben: erstens bei der völkerrechtlich illegalen totalen Blockade des Gazastreifens und zweitens beim offenkundigen Unwillen der israelischen (und auch der palästinensischen) Behörden, der im Goldstone-Report erhobenen und von der UNO-Generalversammlung gestützten Forderung nachzukommen, die möglichen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit von unabhängiger Seite und gemäss internationalen Standards untersuchen zu lassen.

Worauf will die Schweiz als Depositarstaat der Genfer Konventionen, als Hüterin des Humanitären Völkerrechts, noch warten, bis sie endlich als Anwältin der betroffenen Zivilbevölkerung handelt und in der Weltöffentlichkeit ihre zwar nicht schwergewichtige, in dieser Frage aber sehr respektierte Stimme vernehmen lässt: Genug der schweren Menschenrechtsverletzungen!

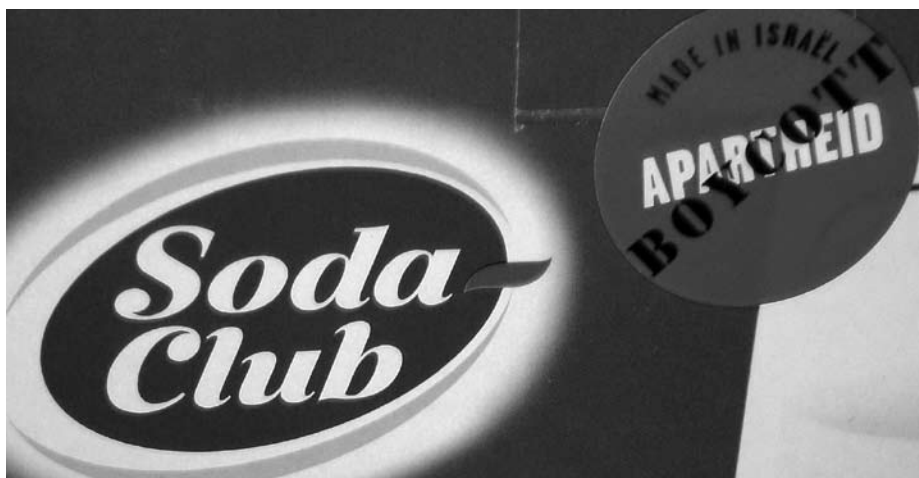
Die UN-Generalversammlung hat der Schweiz im Zusammenhang mit dem Goldstone-Report empfohlen bzw. sie beauftragt, eine Konferenz der Vertragsparteien der IV. Genfer Konvention durchzuführen, um die Frage zu klären, wie die Einhaltung der IV. Genfer Konvention in den besetzten Gebieten durchgesetzt werden kann. (...)

Unsere Partnerorganisationen und alle israelischen und palästinensischen Menschenrechtsorganisationen hegen grosse Erwartungen an unser Land. Wir sind verpflichtet, diesen Stimmen Gehör zu verschaffen und vom Bundesrat zu fordern, alles daran zu setzen, eine professionell vorbereitete und wirkungsvolle Konferenz durchzuführen. An einer solchen muss die Umsetzung der IV. Genfer Konvention im Zentrum stehen und damit müssen auch die Verpflichtungen von Drittstaaten zur Sprache kommen. (...)
Matthias Hui, Forum für Menschenrechte in Israel/Palästina

An der Pressekonferenz anlässlich der Petitionsübergabe sprachen neben Matthias Hui auch die Nationalräte Andreas Hämmerli und Carlo Sommaruga (beide SP), Daniel Vischer und Geri Müller (beide Grüne) sowie Mikael Eriksson als Sprecher des GFM. In der Frühlingssession des Nationalrates (1.–19. März 2010) reichte G. Müller eine dringende Interpellation zum Beitritt Israels in die OECD und D. Vischer zum Import von Siedlungsprodukten ein. C. Sommaruga forderte im März 2009 eine Schadenserhebung an von der Schweiz mitfinanzierten Projekten im Gazastreifen nach der israelischen Bombardierung des Gebiets.

Soda-Club: Es sprudelt die Apartheid

In vielen Haushalten in der Schweiz steht ein Sprudler von Soda-Club, der Leitungswasser mit Kohlensäure anreichert. Der Europäische Gerichtshof hat kürzlich bestätigt, dass der Sprudler in einer illegalen Siedlung in der besetzten Westbank hergestellt wird. In der Schweiz regt sich Widerstand gegen die Apartheidsprudler.



Am 25. Februar 2010 entschied der Europäische Gerichtshof in Luxemburg, dass israelische Waren aus den besetzten palästinensischen Gebieten nicht zollfrei in die Europäische Union eingeführt werden dürfen. Damit wurde den Hamburger Zollbehörden recht gegeben, die auf die in den illegalen israelischen Siedlungen in der Westbank produzierten Produkte der Firma Soda-Club Zölle erhoben hatten. Im Jahr 2000 schlossen die EU und Israel ein Abkommen, wonach alle Waren, die „aus dem Gebiet des Staates Israel“ stammen, zollfrei in die Europäische Union exportiert werden dürfen. Die Firma Britta, die in Deutschland die Sprudler von Soda-Club importiert und vertreibt, rekurrierte mit dem Hinweis auf dieses Abkommen gegen den Entscheid der Hamburger Behörden, die 19 000 Euro Zoll für die Sprudler verlangt hatten. Der Europäische Gerichtshof gab aber jetzt den Hamburgern recht.

Angesichts der aktuellen Auseinandersetzung zwischen den USA und Israel hat der Entscheid des euro-

päischen Handelsgerichts auch politische Signalwirkung. Ein EU-Gerichtshof unterstreicht, dass Siedlungen und auch die Aussenquartiere von Ostjerusalem nicht zu Israel gehören.

Kampagne gegen Soda-Club in der Schweiz

Israel profitiert seit 1992 auch von einem Freihandelsabkommen mit der EFTA, das die Einfuhr in die Schweiz regelt.

Der Bundesrat hat am 18. Februar 2009 (Antwort auf Interpellation 08.4000 D. Vischer) festgehalten, er treffe „alle nötigen Vorkehrungen, damit die Importe aus den von Israel besetzten palästinensischen Gebieten zolltechnisch korrekt erfasst werden“. Am 18. November 2009 (Antwort auf Motion 09.3932) hat der Bundesrat präzisiert, dass „für Erzeugnisse, die im besetzten palästinensischen Gebiet hergestellt wurden ..., kein Anspruch auf präferenzielle Zollbehandlung im Sinne des Freihandelsabkommens EFTA–Israel“ besteht. Für Sendungen der Firma Soda-Club aus dem besetz-

ten palästinensischen Gebiet wird in der Schweiz deshalb keine Zollpräferenz gewährt.

Dennoch werden die Trinkwassersprudler von Soda-Club mit der falschen Herkunftsbezeichnung „Made in Israel“ in die Schweiz eingeführt und auch so in Grossverteilern wie Mirgos und Coop verkauft. Trinkwassersprudler der Firma Soda-Club werden seit 1993 in die Schweiz eingeführt. Seither hat die Firma sämtliche Konkurrenten (Soda Stream 1998, Wassermaxx 2009 usw.) übernommen oder sie mit millionenteuren Gerichtsverfahren zur Aufgabe zu zwingen versucht. Übrig bleibt heute lediglich die kleine schweizerische Firma Soda Fresh mit Sitz in Seon (Kanton Aargau), deren Geräte noch in rund 600 Detailgeschäften in der ganzen Schweiz verkauft werden.

Facts zu Soda-Club

Die Trinkwassersprudler von Soda-Club werden seit 1996 in der Industriezone der nach Völkerrecht illegalen israelischen Siedlung Ma'ale Adumim östlich von Jerusalem im besetzten Westjordanland hergestellt. Sie wurde 1970 unter Premierminister Rabin gebaut und seither von allen israelischen Regierungen gefördert.

Ma'ale Adumim wurde auf dem Boden der palästinensischen Dörfer Abu Dis, El Izriyh, El Issawiyeh, El Tour und Anata errichtet. Zahlreiche BeduinInnen wurden vertrieben. Heute gehört die Entwicklung der Siedlung zur prioritären Entwicklungszone A, die Israel zum Grossraum Jerusalem zählt. Mit massiven Vergünstigungen werden SiedlerInnen und Industriebetriebe in die Siedlung gelockt. Mit dem Bau der Apartheidmauer rund um die Siedlung und die Industriezone werden weitere palästinensische Gebiete annektiert.

Anfang März 2010 hat die schweizerische BDS-Bewegung nun eine Boykott-Kampagne gegen Soda-Club beschlossen. Sie richtet sich gegen Unternehmen und Produkte, die von der israelischen Besatzung profitieren. Unter schweizerischen KonsumentInnen soll das Bewusstsein geschaffen werden, dass durch den Kauf solcher Produkte die Annexion von palästinensischem Land und die Vertreibung und Unterdrückung der einheimischen arabischen Bevölke-

rung mitfinanziert wird. Zudem kann die Falschdeklaration von Produkten aus den besetzten Gebieten nicht hingenommen werden.

The logo for Soda-Club, featuring the word "sodastream" in a lowercase, sans-serif font. The letter "o" is stylized with a circular graphic element inside it.

Imageaufbesserung: Soda-Club nennt sich neu Sodastream

Von der Besatzung profitieren

Soda-Club beschäftigt in der zur Siedlung Ma'ale Adumim gehörenden Industriezone Mishor Adumim, wo die Sprudlergeräte hergestellt werden, ca. 300 Angestellte. Mishor Adumim ist die zweitgrösste von 20 israelischen Industriezonen im besetzten Westjordanland.

Die Ansiedlung von Betrieben in diesen Industriezonen wird vom israelischen Staat durch Steuervergünstigungen gefördert. Die Betriebe profitieren zudem von den Vorteilen der militärischen Besatzung und Diskriminierung palästinensischer Arbeitskräfte. Dazu gehört die Nichteinhaltung des gesetzlichen israelischen Mindestlohnes, der Ausschluss von Lohnfortzahlungen bei Krankheit und Unfall, das Nichteinhalten von Sicherheitsbestimmungen bei gefährlichen und gesundheitsschädlichen Arbeiten etc. Eine verbreitete Möglichkeit, Arbeitsgesetze zu umgehen, ist die Anstellung über palästinensische Arbeitsvermittler, die Löhne unter dem Mindestlohn zahlen und die ArbeiterInnen bei Krankheit einfach feuern.

Siedlungen und ihre Industriezonen sind für die PalästinenserInnen faktisch ein rechtsfreier Raum. Bei Arbeitskonflikten werden schnell Militär und Sicherheitsfirmen eingesetzt. Die palästinensischen Arbeitskräfte sind zudem durch

die hohe Arbeitslosigkeit und Einschränkungen ihrer Bewegungsfreiheit den schlechten Arbeitsbedingungen in den Siedlungen ausgeliefert.

Salwa Alenat von der israelischen Organisation Kav la Oved („Hotline“) hat lange mit Soda-Club gerungen. Noch 2008 seien die PalästinenserInnen im Werk bei Subunternehmern angestellt gewesen, die den Arbeitern bei Arbeitstagen von zwölf Stunden 2200 israelische Schekel (rund 700 Franken) Monatslohn zahlten. Proteste waren vergeblich, einige ArbeiterInnen wurden sogar gefeuert. Dann aber fand Alenat Verbündete, und zwar in Europa. Im schwedischen Radio klagte sie über die Zustände in Mishor Adumim; daraufhin empfing sie Soda-Club-Chef Daniel Birnbaum. Das Gespräch wirkte Wunder: Nicht nur durften einige entlassene Arbeiter zurückkehren, sie erhalten neuerdings auch den israelischen Mindestlohn von 3850 Schekel – beinahe eine Verdoppelung ihres Gehalts. Kav la Oved hat auch durchgesetzt, dass jüdische und palästinensische Mitarbeiter in einer gemeinsamen Kantine essen. „Immerhin“, fügt sie hinzu, „ist es ein bisschen besser geworden.“

Informationen zu den Arbeitsbedingungen von palästinensischen ArbeiterInnen in der Westbank

> www.kavlaoved.org.il

Ausschnitte aus dem Antwortschreiben eines kritischen Konsumenten an die Migros

... Ich zweifle nicht daran, dass in Ihrer Mishor-Adumim-Anlage ein gutes Arbeitsklima herrscht und auch Palästinenser aus der Westbank beschäftigt werden. Nur, welches sind die Gesetze, die Sie „lückenlos befolgen“? ... Ich wage zu bezweifeln, ob ein Migros-Verantwortlicher die „facts on the ground“ jenseits der Sperrmauern kennt. Begleiten Sie einmal einen Arbeiter von Ostjerusalem, Eizaruya, Abu Dis, oder Sawahira von seinem Zuhause an den Arbeitsplatz in Mishor Adumim.

Ich traf dort während meinem Einsatz als Beobachter verschiedene Leute, welche in Mishor Adumim einen Job hatten. Der „Glücklichste“, der bei uns Hilfe suchte, war jener Ingenieur, der schon zu seiner Studienzeit in Jordanien bei jedem Grenzübertritt gedrängt wurde, als Kollaborateur für den israelischen Geheimdienst zu wirken. Jahre später, als sich der Familienvater ein Haus gebaut hatte, wurde dieses mit Bulldozern zerstört (ich habe den Trümmerhaufen fotografiert). Nach einem weiteren Jahr, als er immer noch nicht bereit war, Informationen zu liefern, entzog man ihm die Bewilligung zum „Grenzübertritt“, um an seinen Arbeitsplatz im Industriepark Mishor Adumim zu gelangen.

... Weiter schreiben Sie: „Unser Unternehmen verhält sich unpolitisch und verfolgt keine politische Agenda.“ Allein die Tatsache, in einem nach internationalem Recht illegal besetzten Gebiet zu produzieren, ist ein politischer Akt. Sie helfen damit, das israelische Apartheidregime zu zementieren. Südafrika lässt grüssen, schon damals haben alle Schweizer Investoren behauptet, ihre Aktivitäten seien unpolitisch.

Impressum

Palästina-Info Frühling 2010, Auflage 1500, erscheint halbjährlich.

Herausgeberin: Palästina-Solidarität Region Basel, Postfach 4070, 4002 Basel

www.palaestina-info.ch

Gestaltung: G. Iliev

MitarbeiterInnen an dieser Nummer: Birgit Althaler, Jenny Bolliger, Urs Diethelm, Mikael Eriksson, Vera Hug, Ueli Litscher, Claudia Mani, Valérie Meyer, Martina Stähli, Cornelia Hanke (Übersetzung)

So hilft Ihre Spende konkret

Die Palästina-Solidarität Region Basel erhält zahlreiche kleinere und grössere Spenden. Diese Spenden ermöglichen unsere Arbeit. Wir zählen einige Beispiele auf, wie wir dieses Geld eingesetzt haben.

50 Franken für Flugblätter

Mit 50 Franken ermöglichen Sie den Druck und das Verteilen (durch Freiwillige) von 450 doppelseitigen, schwarz-weissen A5-Informationsblättern, wie z.B. das Flugblatt zum Fussballmatch Schweiz–Israel letzten Oktober.

100 Franken für die Zeitung

Mit 100 Franken ermöglichen Sie den Druck und Versand dieser Zeitung an 65 Interessierte. Wir versenden die Zeitung an ca. 1300 Personen.

250 Franken für eine Veranstaltung

Mit 250 Franken haben wir die Miete für den Veranstaltungsraum in der Mission 21 bezahlt. Dies war unser Beitrag an die Veranstaltungstournee von Abukarim Sadi, der in Basel, Zürich, Sirmach und St. Gallen über die Situation und die diskriminierenden Rechtssysteme in der Westbank sprach. Die Veranstaltungen wurden zusammen mit Peacewatch und anderen Organisationen durchgeführt.

Besten Dank für Ihren Beitrag!

Datteln aus dem Jordantal bei Coop und Migros

In einer Kassensturzsendung am 22.12.2009 berichtete das Schweizer Fernsehen, dass die Grossverteiler Migros und Coop Datteln aus dem Jordantal verkaufen. In dem ausführlichen Bericht interviewte der Sender auch palästinensische Arbeiter über die prekären Arbeitsbedingungen, unter denen sie für ihre Besitzer arbeiten müssen. In die Schweiz werden jährlich zwei Tonnen Datteln aus Palästina/Israel importiert und verkauft. 50–80 Prozent dieser Datteln stammen aus dem besetzten Jordantal, werden oft aber gesetzeswidrig als „Made in Israel“ deklariert. Die Schweizer Boykottkampagne weist schon seit 2003 auf diese Falschdeklarationen hin und hatte erfolglos bei Coop und Migros interveniert. Auch die für die Überprüfung solcher Falschdeklarationen zuständigen Kantonschemiker in verschiedenen Kantonen hatten uns vertröstet. In der Sendung haben die Vertreter der Grossverteiler nun aber versprochen, auf keinen Fall falsch deklarierte Produkte aus Siedlungen verkaufen zu wollen. Mit Flugblattaktionen haben BDS-AktivistInnen im Februar für den Boykott israelischer Produkte geworben.

Erfolgreiche Kampagne gegen belgische Bank Dexia

In bemerkenswert kurzer Zeit haben belgische AktivistInnen eine starke Basis für die Kampagne „Israel kolonisiert – Dexia finanziert“ geschaffen. Sie fordern die Dexia-Bank auf, sich von ihrer Tochtergesellschaft Dexia-Israel zurückzuziehen. Die französisch-belgische Bank Dexia kaufte die Israeli Municipality Treasure Bank im Jahre 2001 und gründete Dexia-Israel. Sieben belgische Organisationen entschieden sich 2008, ihre Kräfte im Dexia-Komitee zu bündeln. Das Komitee versicherte sich der Hilfe der israelischen Organisation „Who Profits from the Occupation“, um die Beziehungen zwischen Dexia und der israelischen Besatzung zu untersuchen. Ende Oktober 2008 informierte „Who Profits“ das Dexia-Komitee, dass die Dexia Israel Public Finance Ltd. in illegale Siedlungsaktivitäten verwickelt ist. Seit 2005 wurden Langzeitkredite und andere Finanzleistungen an mindestens sieben israelische Gemeinden in verschiedenen Regionen des besetzten Westjordanlandes vergeben. Die Bank versicherte letztes Jahr aufgrund des öffentlichen Drucks, sie werde sich von der Kreditvergabe an die illegalen Siedlungen zurückziehen.

Aktionen gegen den Beitritt von Israel in die OECD

Im Mai entscheidet die OECD, ob Israel als Mitglied aufgenommen wird. In verschiedenen Mitgliedsländern appellierten Palästinasolidarische an die OECD, sich an ihre Statuten zu halten und nur Mitglieder aufzunehmen, die sich an die Menschenrechte und das Völkerrecht halten. Mit einer Aufnahme würde die OECD Israel von seinen Kriegsverbrechen im Gazakrieg vor einem Jahr und systematischen Verletzungen des Völkerrechts reinwaschen. In der Schweiz unterzeichneten über 200 Personen und Organisationen (darunter auch die Grünen und die SP Schweiz) einen Aufruf an den Bundesrat: „NEIN zur bedingungslosen Aufnahme Israels in die OECD“. Die UnterzeichnerInnen finanzierten auch ein ganzseitiges Inserat mit dem Aufruf in der NZZ. Die Tagesschau des Schweizer Fernsehens berichtete darüber in der Abendsendung. Geri Müller (Grüne) doppelte mit einer dringenden Interpellation im Nationalrat nach.